

Europa

IS-Material bei Parlamentsfahrern

Neue Sicherheitslücken beunruhigen das Präsidium des Europäischen Parlaments: Bei zwei Mitarbeitern des Fahrdienstes wurden CDs mit Propagandamaterial des „Islamischen Staates“ (IS) gefunden. Ein Fall habe sich in Straßburg, der andere in Brüssel ereignet, sagen mehrere mit der Angelegenheit vertraute Personen übereinstimmend. Die beiden Angestellten eines privaten Fahrdienstes wurden entlassen, die Polizei ermittelt. Weil es zudem Hinweise auf eine kriminelle Vergangenheit weiterer Fahrer gab, beschloss das Parlamentspräsidium am Montag, nicht mehr private Dienstleister zu nutzen, sondern die Chauffeure direkt beim Parlament anzustellen. „Bedauerlicherweise ist man bei zusätzlichen Sicherheitsüberprüfungen auf Personen mit schwerwiegenden Eintragungen im polizeilichen Führungszeugnis gestoßen“, heißt es in der Beschlussvorlage. Die Zusatzkosten belaufen sich auf 3,7 Millionen Euro im Jahr. Derzeit sind in Brüssel 65 Fahrer von Privatunternehmen für die 751 Abgeordneten im Einsatz, in Straßburg sind es 85. Hinzu kommen 23 Fahrer, die bereits Parlamentsbedienstete sind. mp

Geheimdienste

„Schwerwiegender Verstoß“

Die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff wirft dem Bundesnachrichtendienst (BND) vor, ihre Behörde missachtet zu haben. In einem 60-seitigen Bericht zur deutsch-amerikanischen Kooperation in der Überwachungsstation Bad Aibling kritisiert Voßhoff, der BND habe sich geweigert, ihrer Behörde die sogenannten NSA-Selektoren zur Prüfung zu überlassen. Dies sei ein „schwerwiegender Verstoß“ gegen das Bundesdaten-

schutzgesetz, das allen öffentlichen Einrichtungen des Bundes vorschreibt, die Datenschutzbehörde zu unterstützen. Alle Selektoren, die über deutsche Systeme laufen, heißt es in Voßhoffs Bericht, unterlägen deutschem Recht und damit der Kontrolle ihrer Behörde. Über Jahre hatte der BND für den US-Geheimdienst NSA Millionen Suchbegriffe, sogenannte Selektoren, in seine eigenen Systeme eingespeist. Diese Selektoren, so schreibt die Bundesdatenschutzbeauftragte weiter, hätten niemals verwendet werden dürfen. mba, mkn

Baden-Württemberg

Stellvertreter-Streit

Die bisherigen Koalitionspartner in Baden-Württemberg, Grüne und SPD, sind sich uneins über den Umgang mit der AfD. Die Grünen, die nach der Wahl vom März eine Koalition mit der CDU anstreben, wollen die Zahl der stellvertretenden Landtagspräsidenten von zwei auf einen reduzieren. Dies sei die „einzig saubere Lösung“, um zu verhindern, dass der AfD als drittstärkste Kraft ein solcher Posten zufiele, heißt es aus der Grünen-Fraktion. Die SPD-Fraktion, die bisher

mit Wolfgang Drexler einen Landtagsvize stellt, hat hingegen beschlossen, keinen AfD-Parlamentarier mitzuwählen – aber bei zwei Vizeposten bleiben zu wollen. Dies sei „angesichts der vielen Aufgaben“ auch sinnvoll, sagt ein SPD-Sprecher. Der Landtagspräsident und seine Stellvertreter leiten im Wechsel die Sitzungen und repräsentieren das Parlament nach außen, zum Beispiel in Schulen oder bei Gedenkveranstaltungen. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in dieser Woche den AfD-Vertreter Daniel Rausch zum Vizepräsidenten gewählt. fri

Endlagerung

Konzerne sollen Milliarden abstottern

Den Energiekonzernen liegt ein neuer Vorschlag vor, wie sie den Ausstieg aus der Kernenergie leichter finanzieren könnten: Die zuständige Kommission will es E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW ermöglichen, einen Teil der für die Endlagerung fälligen Milliardenbeträge beim Bund in Raten abzuzahlen. Der Vorsitzende Jürgen Trittin (Grüne) möchte damit das Argument der Konzerne kontern, ihnen drohe der Bankrott, wenn der Staat zu hohe Summen für die Beseitigung des nuklearen Erbes verlangt. Die Konzerne weigern sich, die von Kommissionsmitglie-

dern geforderten 23 bis 26 Milliarden Euro für die Endlagerung des Atom Mülls zu bezahlen. Darin enthalten ist ein Risikozuschlag, mit dem sich der Bund dagegen absichern will, dass die Zinserträge für die Rückstellungen der Konzerne in den kommenden Jahren sinken. Das Angebot der Konzerne liegt mit rund 18 Milliarden Euro weit unter den Vorstellungen von Teilen der Kommission. Bis übernächste Woche will das 19-köpfige Gremium ein Ergebnis präsentieren. Sollten die Verhandlungen scheitern, droht das Bundeswirtschaftsministerium mit der weiteren Verschärfung eines Gesetzesvorhabens, das die Haftung der Unternehmen bei ihrer Aufspaltung regelt. gt, ssu



Rückbau des Atomkraftwerks Lubmin 2012

MICHAEL JUNGBLUT / LAIF

Bundeswehr

Neuer Jet für die Regierungsflotte

Die Bundeswehr will die Flugbereitschaft mit einem Airbus A321 verstärken. Der neue Airbus, geplant für rund 70 Personen, soll mit einer erweiterten Reichweite die Lücke zwischen den sogenannten Kanzlerjets, zwei A340-Großraumflieger mit rund 140 Sitzplätzen, und den beiden kleineren A319 füllen. Reisen der Kanzlerin oder des Bundespräsidenten

lasten die Miniflotte von acht Jets schnell aus, da stets ein Ersatzflieger für Notfälle bereitgehalten wird. Zuletzt hatten die Regierungsjets meist durch Pannen Schlagzeilen gemacht. So strandete Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit dem Regierungsjet „Konrad Adenauer“ in China und kam zu spät zum G-7-Gipfel. Laut internen Statistiken der Bundeswehr fielen die A340-Jets und die A319-Flieger in den letzten zwei Jahren bei 14 Reisen komplett aus, die vier kleineren Flugzeuge des Typs Global 5000 sogar 18-mal. Der neue Jet ist mit einer VIP-Kabine inklusive Schlafzimmer, abhörsicheren Telefonen und einem Raketenabwehrsystem ausgerüstet. Für ihn sind im Bundeshaushalt ab 2017 bereits 100 Millionen Euro eingestellt. mgb



Merkel

MICHAEL KAPPELER / DPA